

4.4 Digitales und Medien

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 02.09.2026
Tagesordnungspunkt: 1. Landtagswahlprogramm

Text

9058 Eine vielfältige und unabhängige Medienlandschaft trägt eine lebendige
9059 Demokratie. Sie schafft Öffentlichkeit, ermöglicht Meinungsbildung und hält
9060 Desinformation, Extremismus und antidemokratischer Einflussnahme stand. Dabei
9061 spielt der öffentlich-rechtliche Rundfunk eine zentrale Rolle. Auch lokale
9062 Medienangebote sind ein wichtiger Eckpfeiler, weil sie Themen und Aktivitäten
9063 vor Ort Raum geben – deshalb zählen wir sie zu einer lebendigen Demokratie.

9064 Wir wollen eine Digitalpolitik gestalten, die Schleswig-Holstein unabhängig von
9065 den großen Tech-Konzernen macht und die Innovation und Vielfalt fördert. Gerade
9066 in strukturschwachen Regionen können digitale Angebote den Zugang zu Information
9067 und Gemeinschaft sichern. Auch deshalb setzen wir uns für schnelles Internet für
9068 alle ein. Wir führen die Open-Source-Strategie des Landes fort, fördern die
9069 Entwicklung europäischer Technologie und stärken die Medienkompetenz aller
9070 Generationen.

9071 Wir werden:

- 9072 1. Schleswig-Holsteins digitale Souveränität durch die Open-Source-Offensive
9073 in der Landesverwaltung ausbauen und Kommunen auf diesem Weg unterstützen.
- 9074 2. Medienkompetenz stärken, damit alle Menschen selbstbestimmt, kritisch und
9075 sicher mit digitalen Medien umgehen können.
- 9076 3. die Zentralstelle „Bekämpfung von Hasskriminalität im Internet“ bei der
9077 Generalstaatsanwaltschaft Schleswig-Holstein stärken.
- 9078 4. eine leistungsfähige digitale Infrastruktur – unabhängig vom Wohnort – als
9079 Teil der Daseinsvorsorge überall in Schleswig-Holstein sicherstellen.
- 9080 5. uns für einen starken, unabhängigen und transparenten öffentlich-
9081 rechtlichen Rundfunk einsetzen.

9082 4.4.1 Für einen starken und unabhängigen öffentlich- 9083 rechtlichen Rundfunk

9084 4.4.1.1 Medienstaatsvertrag

9085 Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist weit mehr als ein Medienangebot. Er trägt
9086 unsere demokratische Öffentlichkeit, informiert verlässlich – gerade in
9087 Krisenzeiten – und sichert Meinungsvielfalt, Bildung, Kultur und
9088 gesellschaftlichen Zusammenhalt. Weil Desinformation und gezielte Einflussnahme
9089 zunehmen, brauchen wir unabhängigen Journalismus und starke öffentlich-
9090 rechtliche Medien mehr denn je.

9091 Wir stehen deshalb klar zu einem starken, unabhängigen und vielfältigen
9092 öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Seine redaktionelle Unabhängigkeit und seine
9093 staatsferne Organisation tragen unsere Demokratie und müssen geschützt werden.

9094 Gleichzeitig wollen wir die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
9095 dauerhaft transparent, nachvollziehbar und verlässlich gestalten. Die immer
9096 wiederkehrenden politischen Auseinandersetzungen über die Höhe des
9097 Rundfunkbeitrags schaden dem Vertrauen in diese wichtige Institution. Das wird
9098 ihrer demokratischen Bedeutung nicht gerecht.

9099 Deshalb setzen wir uns im Rahmen des Medienstaatsvertrags dafür ein, ein
9100 Indexmodell einzuführen. Damit lässt sich der Rundfunkbeitrag transparent,
9101 nachvollziehbar und automatisch an die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung
9102 anpassen. Das gibt den Sendern Planungssicherheit, stärkt ihre Unabhängigkeit
9103 und entlastet die Debatte von regelmäßig wiederkehrenden politischen Konflikten
9104 über die Finanzierung. Schleswig-Holstein soll sich in der Rundfunkkommission
9105 der Länder mit Nachdruck für eine solche Reform einsetzen.

9106 Ein starker öffentlich-rechtlicher Rundfunk braucht zugleich Transparenz,
9107 Wirtschaftlichkeit und eine klare Ausrichtung auf seinen öffentlichen Auftrag.
9108 Wir unterstützen Reformen, die die Akzeptanz stärken, den verantwortungsvollen
9109 Einsatz der Beitragsmittel sicherstellen und zugleich Vielfalt, Qualität und
9110 Unabhängigkeit des Angebots langfristig sichern.

9111 4.4.1.2 Transparente Strukturen und mehr Vielfalt im NDR

9112 Ein starker, unabhängiger öffentlich-rechtlicher Rundfunk trägt unsere
9113 Demokratie. Der Norddeutsche Rundfunk (NDR) bildet ein zentrales Fundament der
9114 Medienlandschaft im Norden. Wir stehen klar zu einem starken öffentlich-
9115 rechtlichen Rundfunk und wollen seine demokratische Legitimation, Transparenz
9116 und gesellschaftliche Verankerung weiter stärken.

9117 Dafür wollen wir den NDR-Staatsvertrag modernisieren und die Gremien des NDR
9118 demokratischer, transparenter und vielfältiger gestalten. Der Rundfunkrat muss
9119 die Gesellschaft, in deren Auftrag er handelt, besser widerspiegeln. Bisher
9120 sind junge Menschen, Menschen mit Migrationsgeschichte, Menschen mit
9121 Behinderungen sowie die nationalen Minderheiten nicht ausreichend vertreten. Wir
9122 setzen uns deshalb für verbindliche Regelungen ein, die für mehr
9123 gesellschaftliche Vielfalt im Rundfunkrat sorgen. Gleichzeitig wollen wir die
9124 Arbeit des Rundfunkrats deutlich transparenter machen. Sitzungsunterlagen
9125 öffentlicher Sitzungen sollen rechtzeitig veröffentlicht werden. Auch die
9126 Ausschüsse, die für Programmaufsicht und Beschwerden besonders wichtig sind,
9127 sollen ihre Arbeit stärker öffentlich machen.

9128 Auch der Zugang zu den Gremien muss offener werden. Weil sich die Gesellschaft
9129 ständig verändert, sollten die Organisationen, die Rundfunkratsmitglieder
9130 entsenden, mindestens nach der jeweils zweiten Amtsperiode (zehn Jahre)
9131 wechseln.

9132 Wir wollen zudem wichtige Personalentscheidungen demokratischer legitimieren.
9133 Bei der Wahl der Intendantin oder des Intendanten soll der Verwaltungsrat dem
9134 Rundfunkrat künftig mehrere geeignete Kandidat*innen zur Auswahl vorschlagen
9135 können.

9136 4.4.1.3 Technologische Unabhängigkeit für den öffentlich- 9137 rechtlichen Rundfunk

9138 Für uns steht die Unabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nicht zur
9139 Debatte. Sie betrifft nicht nur Recht und Redaktion, sondern auch Technologie.
9140 Wer auf proprietäre Software von Konzernen außerhalb Europas angewiesen ist,
9141 begibt sich in gefährliche Abhängigkeiten. Wie schnell Lizenzen oder digitale
9142 Dienste zum politischen Druckmittel werden können, hat sich bereits deutlich
9143 gezeigt. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist hier besonders gefährdet, weil
9144 er ein zentraler Teil unserer demokratischen Infrastruktur ist.

9145 Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk seine
9146 technologische Abhängigkeit von proprietärer Software außerhalb der Europäischen
9147 Union schrittweise und planvoll verringert und – nach dem Vorbild der Mediathek
9148 – auch andere Broadcast-Software auf Open-Source-Basis entwickelt.

9149 Wir wollen, dass der nächste Medienstaatsvertrag eine Open-Source-Strategie und
9150 eine klare Exit-Strategie verankert, mit der sich Softwareabhängigkeiten abbauen
9151 lassen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss auch dann handlungs- und
9152 sendefähig bleiben, wenn fremde Staaten oder Konzerne versuchen, ihn unter Druck
9153 zu setzen oder seine Arbeit zu behindern.

9154 4.4.1.4 Leichter Programmbeschwerden einreichen

9155 Wer eine Programmbeschwerde beim NDR einreichen möchte, hat dazu das Recht. In
9156 der Praxis ist dieser Weg jedoch oft schwer verständlich und für viele Menschen
9157 kaum nachvollziehbar. Wir wollen, dass Menschen Programmbeschwerden beim NDR
9158 niedrigschwellig, verständlich und barrierefrei einreichen können. Der gesamte
9159 Ablauf muss deshalb transparent, klar und barrierefrei gestaltet und
9160 kommuniziert werden. Niemand soll durch bürokratische Hürden oder
9161 unübersichtliche Verfahren daran gehindert werden, seine demokratischen Rechte
9162 gegenüber dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk wahrzunehmen. Gleichzeitig wollen
9163 wir erschweren, Programmbeschwerden über Portale massenhaft und anonym zu
9164 versenden, denn damit wollen manche gezielt die Arbeit des Senders und der
9165 Gremien behindern.

9166 4.4.2 Medienvielfalt stärken

9167 4.4.2.1 Unabhängige Medienangebote fördern

9168 Wir wollen unabhängige, lokale und innovative Medienangebote fördern, die sich
9169 nicht in erster Linie an Klickzahlen, sondern an Qualität orientieren. Wir
9170 unterstützen Förder- und Stiftungsmodelle, die journalistische Unabhängigkeit
9171 sichern, ohne neue Abhängigkeiten vom Staat zu schaffen. Wenn sich Medienbesitz
9172 in wenigen Händen konzentriert, gefährdet das die Meinungsvielfalt. Wir setzen
9173 uns deshalb auf Landes- und Bundesebene für wirksame Gegenmaßnahmen ein und
9174 stärken die Landesmedienanstalt Schleswig-Holstein in ihrer Aufsichts- und
9175 Förderrolle. Auch Lokalmedien und den Offenen Kanal wollen wir als Bürgermedium
9176 stärken.

9177 Neben den lokalen Tageszeitungen tragen auch unabhängige lokale Radiosender und
9178 offene Kanäle zur Medienvielfalt bei; sie sind Voraussetzung für

9179 Meinungsvielfalt und gesellschaftlichen Diskurs. Daher setzen wir uns für den
9180 Erhalt der bestehenden Angebote ein, wollen das Angebot flächendeckend ausweiten
9181 und finanziell fördern. Darüber hinaus wollen wir ihre Bedeutung stärken, indem
9182 wir die Zusammenarbeit mit Schulen ausbauen.

9183 Auf Bundesebene setzen wir uns außerdem für faire Wettbewerbsbedingungen
9184 zwischen traditionellen Medien und sehr großen Online-Plattformen ein. Dazu
9185 gehören ein fairer Wettbewerb im Werbesektor, mehr Sichtbarkeit für
9186 Medieninhalte einschließlich zugelassener Outlinks sowie die Kennzeichnung KI-
9187 generierter Inhalte.

9188 Wir wollen Journalismus als Gemeinwohlaufgabe stärken und setzen uns auf
9189 Bundesebene dafür ein, gemeinnützigen Journalismus rechtlich besser abzusichern
9190 und ihm die steuerliche Anerkennung der Gemeinnützigkeit zu geben. Auf
9191 Landesebene schaffen wir die passenden Rahmenbedingungen, damit
9192 genossenschaftliche, mitgliederbasierte und gemeinnützige Medienangebote wachsen
9193 können. So stärken wir die Vielfalt der Stimmen, insbesondere vor Ort, und
9194 sorgen dafür, dass die lokale Berichterstattung wieder breiter und verlässlicher
9195 wird.

9196 Journalist*innen müssen ihre Arbeit frei und ohne Einschüchterung ausüben
9197 können. Deshalb wollen wir sie besser vor missbräuchlichen Klagen schützen, die
9198 kritische Berichterstattung behindern sollen.

9199 4.4.2.2 Unsere Medienanstalt stärken

9200 Digitale Gewalt ist keine Randerscheinung. Sie passiert täglich: in sozialen
9201 Netzwerken, in Chatgruppen und in koordinierten Kampagnen gegen einzelne
9202 Menschen. Für uns GRÜNE ist klar: Wer Hass und Gewalt im Netz hinnimmt,
9203 gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt und am Ende auch die Sicherheit
9204 und Gesundheit der Betroffenen. Besonders betroffen sind Frauen, queere Menschen
9205 sowie Kinder und Jugendliche.

9206 Die Medienanstalt Hamburg Schleswig-Holstein (MA HSH) übernimmt bundesweit eine
9207 herausgehobene Rolle bei der Aufsicht über die großen Social-Media-Plattformen.
9208 Diese Verantwortung braucht die nötigen Mittel und Kompetenzen. Wir wollen die
9209 MA HSH stärken, damit sie den Plattformkonzernen gegenüber tatsächlich eine
9210 wirksame Aufsicht ausüben kann.

9211 Gemeinsam mit Hamburg setzen wir uns dafür ein, den sogenannten Vorwegabzug
9212 abzuschaffen. Bislang werden der Medienanstalt jedes Jahr Rundfunkbeiträge
9213 entzogen, bevor sie überhaupt bei ihr ankommen. Diese Mittel müssen vollständig
9214 dort ankommen, wofür sie gedacht sind: bei einer funktionierenden
9215 Medienaufsicht. Deshalb wollen wir das System des sogenannten Vorwegabzugs beim
9216 Rundfunkbeitrag reformieren, um die MA HSH zu stärken, und dabei den Offenen
9217 Kanal Schleswig-Holstein sowie die Filmförderung künftig über den Landeshaushalt
9218 statt über den Vorwegabzug finanzieren.

9219 Social Media sind heute zentrale Räume demokratischer Kommunikation.
9220 Gleichzeitig verbreiten sich auf ihnen Desinformation, Hass und digitale Gewalt.
9221 Die großen Plattformkonzerne, von denen viele ihren Deutschlandsitz in Hamburg
9222 haben, übernehmen dafür bislang nur unzureichend Verantwortung. Das wollen wir
9223 ändern.

9224 Gerade beim Jugendmedienschutz, bei der Kennzeichnung von Werbung und
9225 politischer Kommunikation sowie bei der Verfolgung rechtswidriger Inhalte spielt
9226 die MA HSH eine wichtige Rolle. Wir werden die Zusammenarbeit zwischen der
9227 Zentralen Meldestelle für strafbare Inhalte im Internet (ZMI) beim
9228 Bundeskriminalamt (BKA), der MA HSH und der Zentralstelle „Bekämpfung von
9229 Hasskriminalität im Internet“ bei der Generalstaatsanwaltschaft Schleswig-
9230 Holstein stärken. Darüber hinaus wollen wir die MA HSH in die Lage versetzen,
9231 ihr Angebot für eine bessere Medienkompetenz der Bürger*innen in der Fläche
9232 Schleswig-Holsteins bekannter zu machen, und dafür die Zusammenarbeit der MA HSH
9233 mit Bildungsinstitutionen stärken.

9234 4.4.2.3 KI-generierte Inhalte transparent machen und 9235 Medienbildung stärken

9236 Deepfakes, künstlich erzeugte Stimmen und manipulierte Videos gefährden
9237 zunehmend den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das Vertrauen in das, was wir
9238 online sehen und hören. Wer sich informiert, soll erkennen können, ob ein
9239 Beitrag von einem Menschen stammt oder von einer Maschine erzeugt wurde. Das ist
9240 eine Grundvoraussetzung für freie Meinungsbildung und eine lebendige Demokratie.

9241 Auf Landesebene setzen wir uns dafür ein, Transparenzstandards für Künstliche
9242 Intelligenz auch im Medienstaatsvertrag der Länder und im Landesmedienrecht zu
9243 verankern. So stellen wir sicher, dass Rundfunk, Plattformen und professionelle
9244 Medienanbieter*innen einheitliche und nachvollziehbare Regeln befolgen.

9245 Klare rechtliche Verpflichtungen reichen jedoch allein nicht aus. Wir wollen die
9246 Medienkompetenz und die digitale Aufklärung in Schulen, in der
9247 Erwachsenenbildung und in der Arbeit mit Senior*innen deutlich stärken. Nur wenn
9248 Bürger*innen verstehen, wie Künstliche Intelligenz funktioniert und wo ihre
9249 Grenzen liegen, können sie lernen, sie sinnvoll zu nutzen und Gefahren
9250 frühzeitig zu erkennen. Transparenz, Bildung und verlässliche Regeln gehören für
9251 uns zusammen – damit das Vertrauen in die digitale Öffentlichkeit erhalten
9252 bleibt.

9253 4.4.2.4 Lokale Medienvielfalt stärken – Rundfunkrecht 9254 modernisieren

9255 Wir setzen uns dafür ein, das Rundfunkrecht in Schleswig-Holstein so zu
9256 modernisieren, dass lokaler Rundfunk im ganzen Land möglich wird – für
9257 kommerzielle ebenso wie für nichtkommerzielle Anbieter. Ob lokales oder
9258 landesweites Angebot: Überall im Land sollen die gleichen fairen
9259 Rahmenbedingungen gelten. Kein Sendegebiet darf pauschal ausgeschlossen werden.
9260 Denn Medienvielfalt entsteht dort, wo auch kleinere Initiativen, Vereine und
9261 unabhängige Journalist*innenn eine echte Chance bekommen.

9262 4.4.3 Medienkompetenz und digitalen Jugendschutz stärken

9263 Social Media gehören zum Alltag junger Menschen. Sie eröffnen Räume zur
9264 Vernetzung, zur Selbstentfaltung und zur politischen Meinungsbildung – und sie
9265 bieten gerade queeren Jugendlichen, Kindern mit Migrationsgeschichte und anderen
9266 jungen Menschen, die im Alltag Diskriminierung erfahren, oft wichtige Orte der

9267 Selbstfindung und gegenseitigen Unterstützung. Zugleich gefährden intransparente
9268 Algorithmen, manipulative Designs und suchtfördernde Mechaniken real die
9269 psychische Gesundheit, das Selbstbild und die demokratische Meinungsbildung.
9270 Diese Risiken nehmen wir ernst, ohne junge Menschen zu bevormunden oder
9271 auszuschließen.

9272 Die Verantwortung darf nicht allein bei Familien, Schulen und jungen Menschen
9273 selbst liegen. In erster Linie stehen die Plattformbetreiber in der Pflicht. Wir
9274 setzen uns dafür ein, dass Schleswig-Holstein im Bundesrat aktiv für einen
9275 wirksamen Schutz junger Menschen im digitalen Raum eintritt: indem es den
9276 Digital Services Act (das EU-Gesetz zur Regulierung digitaler Plattformen)
9277 konsequent umsetzt und durchsetzt und sich für eine darüber hinausgehende
9278 europäische Regulierung außereuropäischer Anbieter einsetzt. Wir fordern
9279 algorithmische Transparenz, altersgerechte Schutzmechanismen und ein Ende
9280 manipulativer Designpraktiken wie Dark Patterns und endloser Scroll- und
9281 Belohnungsschleifen. Für Kinder unter 14 Jahren braucht es einen besonderen
9282 digitalen Schutzrahmen – verbunden mit der klaren Maßgabe, dass Schutz nicht zu
9283 Ausgrenzung führen darf und bestehende digitale Schutzräume marginalisierter
9284 Jugendlicher erhalten bleiben.

9285 Politische Entscheidungen über das digitale Aufwachsen dürfen nicht über die
9286 Köpfe junger Menschen hinweg getroffen werden. Wir werden ihre Perspektiven
9287 systematisch in politische Prozesse einbinden.

9288 Wir haben uns als Land dazu positioniert, dass wir ein Verbot für sinnvoll
9289 erachten, um Kinder und Jugendliche zu schützen. Doch erste Erkenntnisse aus
9290 anderen Ländern zeigen sehr klar, dass Verbote alleine wenig Wirkung haben und
9291 die Befähigung im Umgang mit Social Media entscheidend ist. Deshalb wollen wir
9292 Kinder und Jugendliche stark machen, damit sie souverän mit digitalen Medien
9293 umgehen können. Dafür bauen wir die Medienkompetenz konsequent aus – in Kitas,
9294 Schulen und in der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Peer-to-Peer-Programme wie
9295 die Medienscouts wollen wir ausweiten und dauerhaft fördern, damit junge
9296 Menschen selbst als Ansprechpersonen für Themen wie Cybermobbing, Essstörungen,
9297 sexualisierte Gewalt im Netz oder rechtsextreme Inhalte wirken können – auf
9298 Augenhöhe und in der Sprache ihrer Generation.

9299 4.4.4 Digitale Souveränität und Sicherheit

9300 4.4.4.1 Digitale Souveränität umsetzen

9301 Die Abhängigkeit von wenigen, globalen Technologiekonzernen ist ein
9302 Sicherheitsrisiko. Wir wollen Schleswig-Holstein zu einem Vorreiter digitaler
9303 Souveränität machen. Für uns gilt ein klares Prinzip: Was mit öffentlichem Geld
9304 entwickelt wird, gehört der Öffentlichkeit. Software, die mit Steuermitteln
9305 finanziert wird, muss deshalb grundsätzlich als sogenannte Open-Source-Software
9306 veröffentlicht werden – also als frei zugänglicher, für alle einsehbarer und
9307 nachnutzbarer Quellcode. Das schafft Transparenz, spart Ressourcen und stärkt
9308 ein digitales Ökosystem, das nicht von einzelnen Konzernen abhängt. Dieses
9309 Prinzip wollen wir gesetzlich verankern und auf alle geförderten Digitalprojekte
9310 des Landes ausweiten. Digitale Souveränität muss dabei die gesamte technische
9311 Grundlage einschließen.

9312 In der Landesverwaltung setzen wir auf europäische Softwarelösungen statt auf
9313 außereuropäische Anbieter. Bestehende Abhängigkeiten von proprietären Systemen –
9314 etwa von Produkten und Diensten der Konzerne Microsoft, Amazon, Paypal, Apple,
9315 Adobe, Oracle oder Palantir – wollen wir systematisch abbauen. Bei der
9316 öffentlichen Beschaffung gilt für uns der Grundsatz: Offene Software geht vor
9317 proprietären Lösungen, europäische Anbieter*innen gehen vor außereuropäischen.

9318 Für mehr Transparenz im digitalen Raum wollen wir eine Transparenzoffensive
9319 starten: Geförderte Digitalprojekte sollen künftig ihren Programmcode offenlegen
9320 müssen.

9321 Initiativen, die öffentlichkeitswirksam das Bewusstsein für digitale
9322 Selbstbestimmung in der Gesellschaft stärken, unterstützen wir ausdrücklich –
9323 denn digitale Souveränität ist eine demokratiepolitische Frage.

9324 4.4.4.2 Souveränes Internet

9325 Das Internet darf nicht zum Königreich weniger Großkonzerne werden. Wo wenige
9326 Plattformen darüber entscheiden, was Millionen Menschen sehen, lesen und sagen
9327 können, leiden die Meinungsvielfalt, unsere Unabhängigkeit von einzelnen
9328 Anbietern und am Ende auch die Demokratie selbst. Wir setzen uns deshalb für ein
9329 offenes, vielfältiges Netz ein und unterstützen aktiv den Aufbau dezentraler,
9330 gemeinwohlorientierter Plattformen wie des Fediverse – einem Netzwerk frei
9331 zugänglicher sozialer Medien, in dem viele unabhängige Anbieter miteinander
9332 verbunden sind und Nutzer*innen frei wählen können, wem sie ihre Daten
9333 anvertrauen.

9334 Schleswig-Holstein betreibt bereits eine eigene Mastodon-Instanz und gehört
9335 damit zu den Vorreitern in Deutschland. Das ist ein wichtiger erster Schritt,
9336 dem weitere folgen müssen. Wir wollen unsere Kommunen ermutigen und dabei
9337 unterstützen, eigene Instanzen aufzubauen und so digitale Begegnungsräume vor
9338 Ort zu schaffen – als modernes Pendant zum Marktplatz, auf dem sich
9339 Bürger*innen, Verwaltung und lokale Initiativen austauschen können. Auch
9340 Universitäten und Hochschulen wollen wir motivieren, ihren Studierenden und
9341 Wissenschaftler*innen eigene Instanzen für den fachlichen Austausch zur
9342 Verfügung zu stellen. Über die Plattform Open CoDE des Zentrums für Digitale
9343 Souveränität der Öffentlichen Verwaltung – dem gemeinsamen Code-Repository der
9344 öffentlichen Verwaltung in Deutschland – stehen bereits heute vorkonfigurierte
9345 und sicherheitsgeprüfte Lösungen bereit, die den Einstieg erheblich erleichtern.

9346 Unser Ziel ist klar: Wir wollen der Monopolbildung im digitalen Raum
9347 entgegenwirken und offene, interoperable Standards fördern. Digitale
9348 Souveränität bedeutet für uns, dass Menschen eine echte Wahl haben – jenseits
9349 von Algorithmen, die den Profit weniger über das Gemeinwohl aller stellen.

9350 4.4.4.3 Privatsphäre online schützen

9351 Digitale Kommunikation ist privat – und das muss sie bleiben. Der Schutz
9352 privater Kommunikation ist ein Grundrecht und ein unverzichtbarer Bestandteil
9353 einer freien, demokratischen Gesellschaft.

9354 Wenn private Kommunikation anlasslos massenhaft überwacht wird – wie es die EU-
9355 Chatkontrolle anstrebt –, verstößt das gegen Grundrechte und schafft keine echte
9356 Sicherheit, sondern untergräbt das Vertrauen in den Rechtsstaat.

9357 Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass sich Schleswig-Holstein weiterhin auf
9358 Bundes- und EU-Ebene aktiv gegen Chatkontrollen und andere Formen der
9359 anlasslosen Überwachung privater digitaler Kommunikation einsetzt.
9360 Verschlüsselung ist kein Sicherheitsrisiko, sondern ein Sicherheitsgewinn – für
9361 Bürger*innen, für Unternehmen und für den demokratischen Rechtsstaat. Wir setzen
9362 uns dafür ein, Verschlüsselungsstandards nicht zu schwächen, sondern weiter
9363 auszubauen und zu fördern.

9364 4.4.4.4 Cybersicherheit stärken

9365 Cyberangriffe auf Kommunen nehmen zu – und sind längst kein zufälliges
9366 Kriminalitätsphänomen mehr, sondern Teil gezielter hybrider Angriffe staatlicher
9367 Akteure. Gleichzeitig stehen viele Kommunen bei der Bewältigung dieser
9368 Bedrohungen weitgehend allein da: Die Haushalte sind knapp, IT-
9369 Sicherheitsfachkräfte sind auf dem Arbeitsmarkt hart umkämpft, und im Ernstfall
9370 eines erfolgreichen Angriffs fehlt oft schnell verfügbare Unterstützung. Das
9371 darf nicht so bleiben. Daten von Bürger*innen sind sensible Daten. Wir müssen
9372 sie schützen – vor kriminellen Angreifer*innen, vor staatlich gelenkten Attacken
9373 und vor Fahrlässigkeit.

9374 4.4.5 Verwaltungsdigitalisierung

9375 4.4.5.1 Digitalisierung für einen sozialen und bürgernahen 9376 Staat

9377 Digitalisierung muss den Menschen das Leben erleichtern. Wer Unterstützung
9378 braucht, soll Leistungen schnell, unbürokratisch und möglichst ohne
9379 Mehrfachanträge erhalten. Gleichzeitig wollen wir soziale Einrichtungen und
9380 Pflegekräfte von unnötiger Bürokratie entlasten und die Zusammenarbeit zwischen
9381 allen Akteur*innen modernisieren.

9382 Das Land soll aktiv steuern, funktionierende digitale Schnittstellen zu
9383 Behörden, Krankenkassen, Sozialhilfeträgern und anderen öffentlichen Stellen
9384 aufzubauen und gemeinsame technische Standards zu entwickeln. Sichere und
9385 einheitliche digitale Verfahren sollen den Datenaustausch erleichtern,
9386 Doppelarbeit vermeiden und Pflegekräfte spürbar von Bürokratie entlasten. Auf
9387 Bundesebene setzen wir uns für einheitliche digitale Standards im Sozial- und
9388 Pflegebereich ein.

9389 4.4.5.2 Sozialberatung stärken, Leistungen zugänglich machen

9390 Wir begrüßen, dass es auf Bundesebene – unterstützt von den Ländern – Bemühungen
9391 gibt, den Sozialstaat digitaler und bürger*innenfreundlicher zu machen. Die
9392 Kommission Sozialstaatsreform hat hier grundsätzlich gute Vorschläge gemacht,
9393 weil der Sozialstaat viel zu komplex geworden ist, eine überbordende Bürokratie
9394 entwickelt hat und sich mit unterschiedlichen Systemen und den Grenzen zwischen
9395 diesen selbst im Wege steht. Gleichzeitig müssen wichtige Unterstützungsangebote

9396 erhalten und verbessert werden und jegliche Reformbemühungen dürfen nicht von
9397 einer Einsparlogik überlagert werden, die Menschen berechtigterweise auf die
9398 Barrikaden bringt.

9399 Wir Grüne werden konstruktiv daran mitwirken, Säulen zwischen den Systemen zu
9400 überwinden, damit es bei der Unterstützung von Menschen nicht um
9401 Finanzierungslogiken und Formulare geht, sondern um die Menschen selbst.
9402 Natürlich müssen im Hintergrund zwischen Verwaltungsebenen Finanzierungs- wie
9403 Organisationsfragen gut geklärt werden, für die Bürger*innen muss es aber vor
9404 allem deutlich einfacher und serviceorientierter werden.

9405 Digitale Verwaltung bedeutet für uns aber mehr als Technik. Wir wollen eine
9406 Verwaltung, die proaktiv unterstützt, Verfahren vereinfacht und Leistungen dort
9407 zugänglich macht, wo sie gebraucht werden. Gleichzeitig gilt: Digitale Angebote
9408 dürfen analoge Zugänge nicht ersetzen. Menschen, die Unterstützung benötigen
9409 oder digitale Angebote nicht nutzen können, müssen weiterhin unkompliziert
9410 persönlich Hilfe erhalten. Auch beim Einsatz Künstlicher Intelligenz verfolgen
9411 wir einen klaren Kurs. KI kann Verwaltungsmitarbeitende bei Routineaufgaben, bei
9412 der Bearbeitung von Informationen oder bei der Plausibilitätsprüfung sinnvoll
9413 unterstützen, wie die Einführung der KI LLMoin zeigt. Über Sozialleistungen oder
9414 andere Eingriffe, die Menschen unmittelbar betreffen, müssen jedoch immer
9415 Menschen entscheiden. Transparenz, Datenschutz und nachvollziehbare
9416 Entscheidungen sind für uns unverzichtbar. Deshalb wollen wir den Einsatz von KI
9417 gemeinsam mit Kommunen, sozialen Trägern und der Zivilgesellschaft gestalten und
9418 dafür klare ethische Leitlinien entwickeln.

9419 4.4.5.3 Open-Source-Strategie ausweiten

9420 Wir wollen die Open-Source-Strategie des Landes konsequent auf die kommunale
9421 Ebene ausweiten. Was auf Landesebene erfolgreich erprobt wurde, soll auch den
9422 Kommunen zugutekommen. Dafür statten wir KommunIT, das kommunale IT-
9423 Dienstleistungsnetzwerk des Landes, sowie den IT-Verbund Schleswig-Holstein
9424 (ITV-SH) mit gezielten Unterstützungsprojekten aus, damit Kommunen bei der
9425 Einführung offener Software nicht allein gelassen werden.

9426 Gleichzeitig wollen wir den Wissensaustausch zwischen den Kommunen stärken. Eine
9427 digitale Austauschplattform soll es Bürgermeister*innen,
9428 Verwaltungsmitarbeiter*innen und kommunalen Entscheidungsträger*innen
9429 ermöglichen, Erfolgsbeispiele und bewährte Verwaltungsverfahren unkompliziert zu
9430 teilen. Gute Ideen sollen weitergegeben werden und allen Kommunen im Land
9431 zugänglich sein. So vermeiden wir Doppelarbeit, stärken die kommunale
9432 Selbstverwaltung und fördern eine lernende Verwaltungskultur in Schleswig-
9433 Holstein.

9434 4.4.6 Schnelles Internet für alle

9435 Schnelles Internet darf nicht vom Wohnort abhängen. Eine leistungsfähige
9436 digitale Infrastruktur gehört heute zur Daseinsvorsorge – genauso wie eine gute
9437 Gesundheitsversorgung, verlässliche Mobilität und gut erreichbare
9438 Bildungseinrichtungen. Schleswig-Holstein hat beim Glasfaserausbau und der
9439 Mobilfunkabdeckung in den vergangenen Jahren wichtige Fortschritte gemacht und
9440 ist bundesweit ein Vorreiter. Dennoch fehlt vor allem im ländlichen Raum an

9441 manchen Orten weiterhin eine leistungsfähige Anbindung. Diese Versorgungslücken
9442 wollen wir konsequent schließen. Wir setzen uns dafür ein, den Glasfaserausbau
9443 in bislang unterversorgten Gebieten gezielt voranzubringen. Dazu wollen wir
9444 Kommunen bei der Erschließung weiter unterstützen und die Zusammenarbeit von
9445 Land, Bund, Kreisen und privaten Netzbetreibern stärken. Wo der Ausbau
9446 eigenwirtschaftlich nicht erfolgt, muss die öffentliche Hand Verantwortung
9447 übernehmen. Denn eine verlässliche digitale Infrastruktur ist Voraussetzung für
9448 gesellschaftliche Teilhabe, moderne Arbeitsformen, gute Bildung, eine
9449 leistungsfähige Verwaltung und eine starke regionale Wirtschaft. Unser Ziel ist
9450 eine flächendeckende, verlässliche digitale Infrastruktur in allen Teilen des
9451 Landes, in der Stadt ebenso wie auf dem Dorf.